

# Berlin aktuell - Eckhard Pols

Ihr Bundestagsabgeordneter für Lüchow-Dannenberg / Lüneburg

## In dieser Ausgabe

Seite 2

Änderung der Grunderwerbssteuer

Bericht zur Deutschen Einheit

Seite 3

Gesetz für bessere Löhne in der Pflege;  
Ausbildung der Hebammen vor Reform;  
Besserer Schutz vor missbräuchlichen  
Abmahnungen

Seite 4

Fraktionskongress: Heimat mit Zukunft –  
für eine starke Wirtschaft in ländlichen  
Räumen

Zahlen und Fakten

Seite 5

Gründung der KPV

Auszug aus dem Terminkalender



Foto: Büro Pols MdB

„Regionen gemeinsam entwickeln“ — Eckhard Pols im Gespräch mit seinen  
MdB-Fraktionskollegen Sebastian Steineke und Dietrich Monstagt sowie der Europa-  
abgeordneten Lena Düpont zu Herausforderungen und Chancen des Vierländerecks  
Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern.

## Die Woche in Berlin

Die Debatte um den Klimaschutz wird immer intensiver, der Ton wird schärfer. Ich verstehe die Sorgen und Ängste der jüngeren Generation. Aber uns Untätigkeit vorzuwerfen, dem muss ich widersprechen. Dabei geht es mir nicht allein um das nun verabschiedete Klimaschutzpaket, auch in den Jahren davor ist viel passiert. Ja — es besteht dringender weiterer Handlungsbedarf, aber Panikmache ist kein guter Berater. Zudem gibt es noch weitere wichtige Themen. Welche, erfahren Sie auf den nächsten Seiten.

Ihr



Foto: Büro Pols MdB

Eckhard Pols, MdB

## Klimaschutzpaket der Koalition

Am Freitag (20.09.2019) hat der Koalitionsausschuss die Eckpunkte des Klimaschutzprogramms 2030 beschlossen. Während andere über Klimaschutz reden, handeln wir und bringen über 60 Maßnahmen auf den Weg. Während andere noch nach einer Linie suchen, haben wir ein Konzept. Und dieses Konzept ist gut, weil es umfassend ist, weil es die Menschen mitnimmt, weil wir auf Innovation und Technologie setzen.

Wir machen Klimaschutz mit Maß und Mitte, weil wir das Ganze im Blick haben. Wir sind die politische Kraft, die ein solches Riesenvorhaben umsetzen kann. Wir wissen: Dem Klimaschutz ist nicht geholfen, wenn keiner mitmachen möchte und er nur unter Zwang und mit Verboten erreicht werden soll. Wir zeigen den Menschen mit Anreizen und Förderprogrammen,

aber auch mit klaren und absehbaren Grenzen, wie ein modernes Industrieland die Herausforderung Klimaschutz meistert.

Vor uns liegen zehn Jahre mit Chancen und Herausforderungen für uns alle – auch harte Arbeit. Wichtig ist, dass wir unsere bisherigen Anstrengungen intensivieren und damit anfangen – das ist konstruktiver, als Generalabrechnungen zu intonieren. Wo unser Paket nicht ausreicht, steuern wir nach. Dazu haben wir ein regelmäßiges Monitoring eingebaut.

Die Reaktionen auf unser Klimaschutzpaket waren geteilt, von vielen wurde es begrüßt, manchen ist es nicht weitreichend genug. Ich kann aber versichern: Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern bewusst, und so handeln wir auch.

# Änderung der Grunderwerbssteuer

Die Praxis hat gezeigt, dass es besonders im Bereich hochpreisiger Immobilientransaktionen immer wieder gelingt, durch gestalterische Maßnahmen die Grunderwerbsteuer zu vermeiden. Die hiermit einhergehenden Steuermindereinnahmen sind von erheblicher Bedeutung. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass die durch Gestal-

tungen herbeigeführten Steuerausfälle von denjenigen finanziert werden, denen solche Gestaltungen nicht möglich sind. Das Ziel eines Gesetzes, das wir jetzt in erster Lesung beraten haben, ist deshalb die Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen in der Grunderwerbsteuer durch verschiedene Einzelmaßnahmen.

Diese Maßnahmen sind geplant:

- Absenkung der 95 Prozent-Grenze in den Ergänzungstatbeständen auf 90 Prozent;
- Einführung eines neuen Ergänzungstatbestands zur Erfassung von Anteilseignerwechseln in Höhe von mindestens 90 Prozent bei Kapitalgesellschaften;
- Verlängerung der Fristen von fünf auf zehn Jahre;
- Anwendung der Ersatzbemesungsgrundlage auf Grundstücksverkäufe im Rückwirkungszeitraum von Umwandlungsfällen;
- Verlängerung der Vorbehaltensfrist in § 6 GrEStG auf 15 Jahre;
- Aufhebung der Begrenzung des Verspätungszuschlags.

Die Union steht damit für eine faire Steuergestaltung.



Foto: Christiane Lang.

## Bericht zur Deutschen Einheit

In der letzten Woche stand der jährliche Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit zur Debatte. 30 Jahre nach der friedlichen Revolution haben wir bereits viel erreicht. Die Angleichung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschland sind bis heute weit vorangekommen: Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsinfrastruktur wurden massiv modernisiert und erweitert. Der bauliche Zustand der Städte und Dörfer hat

sich sichtbar verbessert, der in DDR-Zeiten entstandene große Sanierungs- und Modernisierungstau wurde weitgehend abgebaut. Nach der Wiedervereinigung lag eine der dringendsten Aufgaben im Umweltschutz. Die ökologischen Schäden, die das SED-Regime dem vereinten Deutschland hinterlassen hatte, waren katastrophal. Schwerwiegende Belastungen für Mensch und Natur wurden in Kauf genommen. Dank gemeinsamer Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen – auch unterstützt durch

finanzielle Hilfen der Europäischen Union – wurden diese Umweltgefahren in erstaunlich kurzer Zeit beseitigt und moderne Strukturen aufgebaut.

Bestandteil des Berichts war auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Ihr Ziel lag in der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen mit Blick auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland. Das Ziel der Koalition ist nicht zuletzt ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen.

## Gesetz für bessere Löhne in der Pflege

Die Pflegekräfte leisten großartige und wichtige Arbeit. Dafür sollen sie auch angemessen entlohnt werden. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf, der dies sicherstellen soll, haben wir letzte Woche in erster Lesung im Bundestag beraten.

Ziel des Gesetzes ist es, die im Rahmen der Konzertierte Aktion Pflege vereinbarten Maßnahmen für verbesserte Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche umzusetzen. Um diese zu erreichen, sieht der Gesetzesentwurf zwei Wege vor: branchenweite Tarifverträge oder höhere Pflegemindestlöhne durch Rechtsverordnungen, die auf Empfehlungen der Pflegekommission basieren. Für spürbare Verbesserungen wäre wohl die Erstreckung tarifbasierter Arbeitsbedingungen auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (§ 7a AEntG), also eine Tarifvertragslösung, die beste Variante. Beabsichtigt ist, dass es künftig nach Hilfs- und Fachkräften differenzierte Mindestlöhne gibt und die Ost-/West-Unterschiede beendet werden.

Weiterhin wird die Funktionsfähigkeit der Pflegekommission gesichert, indem sie als ständiges Gremium für die Dauer von fünf Jahren etabliert wird. Als nächstes wird das Thema im Ausschuss für Gesundheit beraten. Wir als Union sind der Überzeugung, dass in der Pflege gute Löhne gezahlt werden müssen.

## Ausbildung der Hebammen vor Reform

Durch eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2005 ist es notwendig geworden, die Hebammenausbildung in Deutschland als akademischen Beruf auszurichten. Daher haben wir im Bundestag in zweiter und dritter Lesung die Einrichtung eines dualen Studienganges mit hohem Praxisanteil beschlossen, um angehenden Hebammen durch eine zusätzliche wissenschaftliche Ausbildung Unterstützung für ihre große Verantwortung im späteren

Berufsalltag zukommen zu lassen. Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur gesundheitlichen Versorgung von Frauen während der Schwangerschaft, bei der Geburt, während des Wochenbetts und der Stillzeit sowie von Neugeborenen und Säuglingen. Die Sicherstellung einer flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Hebammenversorgung ist insofern ein wichtiges Anliegen. Die Union steht hinter den Hebammen.

## Besserer Schutz vor missbräuchlichen Abmahnungen

Wir haben in erster Lesung ein Gesetz beraten, das der Praxis missbräuchlicher Abmahnungen entgegenwirken und auch so den fairen Wettbewerb stärken soll.

Grundlage ist eine entsprechende Unionsforderung im Koalitionsvertrag sowie eine



Entschließung der Koalitionsfraktionen von Juni 2018, kleine und mittlere Unternehmen vor kostenpflichtigen Abmahnungen aufgrund von Verstößen gegen die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu schützen.

Der Gesetzesentwurf sieht zur Eindämmung missbräuchlicher Abmahnungen höhere Anforderun-

gen an die Befugnis zur Geltendmachung von Ansprüchen, die Verringerung finanzieller Anreize für Abmahnungen, mehr Transparenz sowie vereinfachte Möglichkeiten zur

Geltendmachung von Gegenansprüchen vor. Hierdurch wird ein deutlich verbesserter Schutz gegen missbräuchliche Abmahnungen hergestellt.

Zur Stärkung des Wettbewerbs bei formgebundenen Ersatzteilen komplexer Erzeugnisse wie zum Beispiel Automobilen soll zudem eine Reparaturklausel eingeführt werden, die das Designrecht bei sichtbaren Ersatzteilen für Reparaturzwecke einschränkt und damit den Markt öffnet.

# Fraktionskongress: Heimat mit Zukunft – für eine starke Wirtschaft in ländlichen Räumen

„Die Kommission zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ hat ihre Ergebnisse im Sommer vorgestellt—nun geht es darum, dieses gute Konzept auch mit Leben zu füllen. In einem Fachgespräch diskutierte deswegen die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Vertretern von Kommunen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen darüber, welche Rahmenbedingungen die Regionen brauchen, um im Wettbewerb mit den Ballungsräumen zu bestehen und attraktiv für die Menschen zu sein.

Denn klar ist: Der ländliche Raum ist die Herzkammer des Mittelstandes. Doch neben Regionen mit starker Wirtschaftskraft und guter Infrastruktur gibt es auch solche mit Arbeitslosigkeit und Abwanderung. „Wir brauchen mehr als nur Bilderbuchlandschaften“, stellte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gitta Connemann auf dem Fraktionskongress treffend fest. Ohne Wirtschaftskraft seien die ländlichen

Regionen zum Scheitern verurteilt.

Unser stellvertretender Fraktions-



vize Ulrich Lange nannte eine gute Infrastruktur für Verkehr und IT, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, die Niederlassung von Behörden sowie eine gute Städtebauförderung als Voraussetzungen dafür, dass die auf dem Land angesiedelten Unternehmen erfolgreich sein können. Gerade dort befinden sich viele sogenannte „Hidden Champions“.

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier warnte davor, die Daseinsvorsorge auf dem Land ausdünnen. Geschäfte, Schulen und Arztpraxen müssten in ausreichendem Maße vorhanden sein,

damit die Menschen nicht in die Städte abwandern. Auch der Fachkräftemangel müsse behoben werden, wenn der ländliche Raum prosperieren soll.

Die Vertreter aus den Kommunen und der Wirtschaft warben für eine positive Wahrnehmung der ländlichen Räume. Wenn man immer nur die Defizite betone, müsse man sich nicht wundern, dass die Menschen abwandern, sagte beispielsweise Dirk Luerßen, Geschäftsführer der Wachstumsregion Ems-Achse. Leben auf dem Land sei ein „Wert an sich“.

Klar ist für mich: Das Leben auf dem Land ist anders als in der Stadt, lebenswert soll es aber überall sein.



## Newsticker „Zahlen und Fakten“

### +++ Weniger Verkehrstote im Juli 2019 +++

Im Juli 2019 sind in Deutschland 276 Menschen bei Straßenunfällen ums Leben gekommen. Damit verunglückten 45 Personen weniger als im Juli 2018. Die Zahl der Verletzten ist im Juli 2019 gegenüber dem Vorjahresmonat um 4,2% auf

37.700 zurückgegangen. Von Januar bis Juli 2019 erfasste die Polizei insgesamt 1,5 Mio. Straßenverkehrsunfälle. Das waren 0,2% mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Darunter waren 168.900 Unfälle mit Personenschaden (-4,6%), bei denen 1.731

Menschen getötet wurden. Das waren 95 Unfalltote oder 5,2% weniger als in den ersten sieben Monaten des Jahres 2018. Die Zahl der Verletzten im Straßenverkehr sank um 4,8 % auf 216 700.

(Quelle: Bundesamt für Statistik)

+++

## Auszug aus dem Terminkalender

### Montag, 30. September

- Bürgergespräche im Wahlkreisbüro, Lüneburg
- Sitzung des Lüneburger Kreistages
- Sitzung des Kreisvorstandes CDU Lüchow-Dannenberg

### Dienstag, 1. Oktober

- Neuhauser Deich- und Unterhaltungsschau, Amt Neuhaus
- Gespräch zum Erhalt der Grenztürme, Lüneburg
- 100 Jahre VHS Lüneburg

### Mittwoch, 2. Oktober

- Klausurtagung CDU-Bezirksverband Nordostniedersachsen

### Donnerstag, 3. Oktober

- Tag der Deutschen Einheit

### Montag, 7. Oktober, bis

### Donnerstag, 10. Oktober

- Delegationsreise des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur nach Holland zum Thema „Radverkehr“

### Montag, 14. Oktober, bis

### Freitag, 18. Oktober

- Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, Berlin
- Unter anderem am Montag eine Sondersitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Leipzig zum Tag der Deutschen Einheit

## Gründung der KPV mit dem Bundes- und Landesvorsitzenden



Gemeinsam mit dem KPV-Bundesvorsitzenden, meinem Fraktionskollegen Christian Haase MdB, dem CDU-Kreisvorsitzenden Felix Petersen, dem KPV-Kreisvorsitzenden Stefan Schulz und dem KPV-Landesvorsitzenden André Wiese (v. l. n. r.). Wir haben uns sehr über die Gründung der KPV gefreut. Nochmals herzlichen Glückwunsch an den KPV-Kreisvorstand zu seiner Wahl!

Am Freitag war ich zu Gast bei der Gründungsversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) Kreisvereinigung Lüneburg. Zum KPV-Vorsitzenden wurde einstimmig Stefan Schulz gewählt. Schulz betonte in seiner Vorstellungsrede, mit dem gesamten Vorstand die Kommunalwahlen 2021 inhaltlich vorbereiten, die Zusammenarbeit der Fraktionen und Verbände der CDU stärken sowie zur fortlaufenden Weiterbildung der christdemokratischen Kommunalpolitiker beitragen zu wollen. Besonderer Gast an dem Abend war der Bundesvorsitzende der KPV, mein geschätzter Fraktionskollege Christian Haase. Er ist zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wo ich sein Stellvertreter bin. Haase sprach mehrere zentrale Themen

an, für die wir uns in Berlin im Sinne der Kommunen stark machen. Dazu gehören etwa die Sicherstellung der Mobilität im ländlichen Raum wie auch die Gewährleistung der medizinischen Versorgung auf dem Land und die flächendeckende Mobilfunkabdeckung. Auch der erst vor rund zwei Wochen zum KPV-Landesvorsitzenden gewählte Bürgermeister der Stadt Winsen/Luhe, André Wiese, war gekommen. Wie Haase und wie der CDU-Kreisvorsitzende Felix Petersen in seiner Eröffnungsrede betonte er die Wichtigkeit der KPV für die Bündelung der kommunalpolitischen Kompetenz der CDU im Vorfeld der Kommunalwahlen. Stellvertretende KPV-Vorsitzende wurden Peter Marker und Katrin Pfeffer. Den Vorstand komplettieren die Beisitzer Jörg Ahlfeld, Karsten Halbensleben, Burghard Heerbeck, Sonja Jamme, Ulrike Walter und Dominik Wehling.